



Presseschau vom 05.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: Boris Litwinow nahm an einer Feier des ersten Läutens teil.

In diesem Jahr begann wegen der Staatstrauer in der Republik aufgrund des Todes des Oberhauptes der DVR Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko in allen Schulen des Landes das Schuljahr erst am 4. September.

An diesem feierlichen Tag nahm der erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow an einem Appell zum Beginn des neuen Schuljahrs 2018-2019 und zum Tag des Wissens in der Schule Nr. 51 von Donezk teil. Nachdem er die Schüler, Lehrer und Eltern begrüßt hatte, wendete sich Boris Alexejewitsch mit aufrichtigem Dank an die Lehrer dafür, dass sie ihren Schülern die Liebe zur Heimat nahebringen, sie im Geiste echter Bürger und Patrioten ihres Vaterlandes erziehen. Traditionsgemäß haben die Schüler der Abschlussklasse bei dem Appell den Erstklässlern Geschenke überreicht und das erste Läuten rief die Schüler und Lehrer zur ersten Unterrichtsstunde des neuen Schuljahres.

Vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Lug-info.com: Aufruf Leonid Paseschniks aus Anlass des Tages des unbekanntes Soldaten, des Verteidigers der LVR:

Liebe Landsleute!

Der Tag des unbekanntes Soldaten – des Verteidigers der Lugansker Volksrepublik ist ein

besonderer Gedenktag unseres jungen Staates. Heute ehren wir die Kämpfer der Volksmiliz und die Soldaten der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik, die bei der Verteidigung der Heimat gefallen sind und deren Namen unbekannt geblieben sind.

Als der Krieg in unser Gebiet kam, fürchteten sie nicht, für die Freiheit der Heimat aufzustehen, mit Ehre die besten Traditionen ihrer Väter und Großväter fortzusetzen. Die Einwohner der Republik werden nie die unsterblichen heldenhaften Taten der Patrioten ihres Landes vergessen, die im Kampf für seine Freiheit gefallen sind, sowie der Freiwilligen, die gemäß dem Ruf ihres Herzens den Donbass verteidigt haben.

Im Namen aller Bürger der Lugansker Volksrepublik und in meinem bringe ich meine aufrichtige Dankbarkeit und tiefe Trauer gegenüber den gefallenen Kämpfern des Donbass, deren Namen bis heute unbekannt sind, zum Ausdruck.

Mit Hochachtung

das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik

de.sputniknews.com: Lawrow: Konfrontation zwischen Russland und USA wird stärker.

Die politische Konfrontation zwischen Russland und den USA verstärkt sich, wovon das Vorrücken der militärischen Infrastruktur der Nato bis an die russischen Grenzen zeugt. Dies erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Dienstag.

„Wenn man die Schärfe der politischen Debatte, die Schärfe der Rhetorik betrachtet... ja, die Konfrontation nimmt zu, die Spannung nimmt zu. Die USA haben das Vorrücken der Nato bis an unsere Grenzen in Gang gebracht... in Form von Aufstellung militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen. Die USA, Großbritannien, Kanada, Frankreich und Deutschland stationieren ihre Bataillone im Baltikum und in anderen Ländern, die an die ehemalige Sowjetunion grenzen. Sie treiben auch die Initiativen hinsichtlich der Aufnahme von Georgien und der Ukraine in die Nato voran... man hat ihnen eine formelle Einladung ausgesprochen“, sagte Lawrow in der Sendung „Das große Spiel“ des russischen TV-Senders „Perwy Kanal“ (dt. Erster Kanal).

Er verglich heutige Verhältnisse mit den Ereignissen von 2008, als der damalige Präsident Georgiens Michail Saakaschwili „sich eingebildet hat, dass es ihm alles erlaubt ist, und seine Bürger angegriffen hat...“. Dasselbe würde auch für die Ukraine gelten: andauernde Bestätigung, die Ukraine werde bald in der Nato sein, habe dem Präsidenten Petro Poroschenko „den Kopf verdreht“, und jetzt würde Kiew an der Trennlinie im Donbass aufrüsten.

Amerikaner hätten dorthin sowohl Munition als auch Waffensysteme geschickt, darunter längst nicht nur Kleinwaffen, so Lawrow. Außerdem würden dort amerikanische und kanadische Instrukteure arbeiten, fügte er hinzu.

Der russische Außenminister ist der Meinung, dass diese Schritte das Risiko der militärischen Konfrontationen erhöhen würden, was für Russland unakzeptabel sei. Davor seien die amerikanischen Partner gewarnt worden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32078/12/320781209.jpg>

Dan-news.info: Das Innenministerium der DVR hat zwei Bürger zur Fahndung ausgeschrieben, die am 31. August das Restaurant „Separ“ nicht lange vor der Detonation, in deren Folge das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko getötet wurde, besucht hatten. „Am 31. August 2018 befanden sich in dem Café Bürger“, heißt es in der Mitteilung. „Wir bitten die genannten Personen und Bürger, die über irgendwelche Informationen über den Aufenthaltsort dieser Personen sowie über das Geschehen verfügen, sich sofort an die nächste Polizeibehörde zu wenden“.

Außerdem veröffentlichte das Innenministerium Fotos der gesuchten Personen.

In einer späteren Meldung ergänzte das Innenministerium: „Das Innenministerium dankt den Bürgern für die Bereitstellung von Informationen, die Beteiligung der Personen, deren Fotos zuvor veröffentlicht wurden, ist nicht bestätigt.“

de.sputniknews.com: Washington manipuliert den Dollar – Russischer Außenminister
Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat in einer Sendung des russischen TV-Senders „Perwy kanal“ den USA Manipulationen des Dollars in eigenen Interessen vorgeworfen. Viele Länder haben laut Lawrow jahrzehntelang gehofft, dass die Vereinigten Staaten ihre Pflichten als Emittent der Hauptreservewährung der Welt – des Dollars – „heilig erfüllen“ würden.

Dies geschehe jedoch nicht mehr.

„Was passiert jetzt mit dem Dollar? Washington manipuliert mit dem Dollar, wie es will“, unterstrich Lawrow.

Am Sonntag hatte der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan dazu aufgefordert, der Dominanz der US-Währung im internationalen Handel ein Ende zu setzen. Auch Bagdad und Teheran hatten angekündigt, dass sie für die Durchführung von gegenseitigen Handelsoperationen ihre nationalen Währungen verwenden würden.

Ukrinform.ua: Russland findet Grund, Normandie-Treffen nicht durchzuführen.

Russland hält ein Treffen mit Vertretern der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands nach dem Mord an dem Anführer der Kämpfer Alexander Sachartschenko für nicht angebracht.

Dies teilte der Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow mit, meldet der Radiosender Echo Moskwy.

Lawrow erklärte dem Ersten Kanal, es wäre frevelhaft, das Treffen im Normandie-Format jetzt zusammenkommen zu lassen, insbesondere, wenn weder Paris noch Berlin den Mord an Alexander Sachartschenko verurteilt hätten.

Der Anführer der Kämpfer kam am Freitag wegen einer Explosion im Café ums Leben.

Der Bundeskanzler Österreichs Sebastian Kurz hatte zuvor Russland aufgerufen, sich wieder an den Verhandlungstisch im Normandie-Format betreffs der friedlichen Regelung der Situation im Donbass zu setzen.

Dan-news.info: „Die ukrainischen Spezialdienste haben nach dem von ihnen begangenen Terrorakt, bei dem das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko starb, ihre Aktivität erheblich erhöht und versuchen die gesellschaftspolitische Lage in der Republik zu destabilisieren“, teilte das MfS der DVR mit.

Von ukrainischen Spezialdiensten kontrollierte Medien, auch elektronische, nehmen an der Spezialoperation unmittelbar teil. Unter anderem werden Maßnahmen durchgeführt, die offen propagandistischen Charakter haben, wie auch Spezialmaßnahmen, die auf die Desinformation der internationalen Gemeinschaft, das Erzeugen panischer Stimmung und die Senkung des Vertrauens gegenüber den staatlichen Strukturen der Republik gerichtet sind. „Das MfS der DVR ruft die Einwohner der DVR auf, nicht auf Informationsprovokationen ukrainische und anderer ausländischer Medien einzugehen, die auf die Destabilisierung der Lage in der Republik gerichtet sind“, unterstrich das Ministerium und fügte hinzu, dass Vertrauen verdienende Informationen nur bei offiziellen Ressourcen der DVR zu finden sind.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Großbritannien nennt zwei tatverdächtige Russen. Britische Behörden haben die Namen von zwei mutmaßlichen Russen veröffentlicht, die London unmittelbar wegen der Vergiftung von Ex-Doppelagent Sergej Skripal und seiner Tochter Julia in Salisbury verdächtig, berichtet Reuters.

Laut britischen Ermittlern soll es sich dabei um Alexander Petrov und Ruslan Boschirov handeln. Diese Namen könnten aber auch Pseudonyme sein, so die Behörden. Gegen sie soll ein internationaler Haftbefehl ausgestellt werden.

...

Wer genau die beiden genannten Russen sind, für wen sie tätig sind und warum sie des Attentates gegen Skripal verdächtig werden, wird nicht erläutert.

Am 4. März waren im britischen Salisbury Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, und seine Tochter Julia vergiftet worden, was einen großen internationalen Skandal provoziert hatte. London behauptet, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein. Russland wies die Vorwürfe entschieden zurück.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32221/77/322217765.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 05.09.2018:

Die ukrainischen Besatzer haben mit ihren Handlungen ein weiteres Mal den „Schulwaffenstillstand“ zum Scheitern gebracht.

In den letzten 24 Stunden haben die Terroristen neunmal die Gebiete von Ortschaften unserer Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurden die **Siedlung des Bergwerks 6/7** und **Shelesnaja Balka** beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden **Spartak, Staromichajlowka, Trudowskije** und **Petrowskoje** beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die ukrainischen Besatzer **Kominternowo, Dsershinskoje** und **Sachanka** beschossen.

Dabei hat der Feind Granatwerfer verschiedener Art, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Außerdem wurde die Aktivität von Scharfschützen registriert.

Insgesamt hat der Feind in den letzten 24 Stunden **13-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Alle Beschießungen erfolgten mit dem Ziel, uns zur Erwidern des Feuers zu provozieren. Unsere Einheiten sind auf die Provokationen nicht eingegangen und haben den „Schulwaffenstillstand“ streng eingehalten.

Wir schließen nicht aus, dass der Feind uns zur Eröffnung des Feuers provoziert, um farbenprächtige Fakereportagen durch ukrainische Journalisten zu erstellen, die massenhaft in den letzten Tagen in der Konfliktzone eingetroffen sind.

Nach der Veröffentlichung der Pläne der ukrainischen Besatzer zum Angriff in Richtung Mariupol durch uns haben in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone Gruppen des SBU mit der Arbeit begonnen, um die Kanäle aufzudecken und zu unterbinden, durch die die Information durchgesickert ist.

So führen auf Anforderung von Najew Mitarbeiter des SBU eine Überprüfung von Funktionsträgern des Stabes der OOS daraufhin durch, ob sie an dem Durchsickern von Informationen beteiligt sind. Nach dem Plan des Kommandeurs der OOS sollen alle Mitarbeiter des Stabes mit einem Lügendetektor getestet werden. Aber dies wird kaum irgendein Ergebnis bringen, denn niemand kann garantieren, dass die Mitarbeiter des SBU, die das Durchsickern der Informationen suchen, nicht unsere Unterstützer sind.

Ausgehend davon, gehen weiter Informationen über die Lage der Dinge und die Pläne des Kommandos der Besatzungskräfte bei unseren Aufklärern ein. Und nicht nur aus der OOS-Zone.

de.sputniknews.com: Das russische Militär hat Luftangriffe auf Terroristen in der nordwestsyrischen Provinz Idlib offiziell bestätigt. Vier russische Flugzeuge haben am Dienstag Objekte der Terrormiliz al-Nusra-Front mit Präzisionswaffen angegriffen, teilte das Verteidigungsministerium in Moskau am Mittwoch mit.

Laut Militärsprecher Igor Konaschenkow handelt es sich um einen Vergeltungsschlag nach wiederholten Drohnenattacken der Islamisten auf die russische Luftwaffenbasis Hmeimim in Latakia.

„In der Nacht zum 4. September hat die Luftabwehr des Stützpunktes Hmeimim zwei anfliegende Angriffsdrohnen abgeschossen“, teilte Konaschenkow mit.

Noch am selben Tag hätten vier russische Flugzeuge die zuvor erkundeten Drohnen-Startplätze sowie Munitionslager der Terroristen in Idlib mit Präzisionswaffen angegriffen, sagte der Sprecher. Unter anderem seien zwei Su-34 im Einsatz gewesen, die eine Drohnen-Produktionsstätte zerbombt hätten. Eine Su-35S habe zudem ein Lager für schultergestützte Luftabwehrraketen mit einer Präzisionsrakete vernichtet. Alle Ziele hätten außerhalb von Wohngebieten gelegen.

In den vier vergangenen Wochen hat es nach Angaben des russischen Militärs insgesamt 47 Drohnenangriffen der Islamisten auf die Basis Hmeimim gegeben. Am gestrigen Dienstag sprach der Kreml von einer „wesentlichen Bedrohung“ für die russischen Soldaten in Syrien. Noch am selben Tag berichteten arabische Medien unter Berufung auf syrische Rebellen, dass die russische Luftwaffe mit Bombardements in Idlib begonnen und bereits mindestens 50 Angriffe geflogen habe.

Idlib gilt als die letzte Terrorhochburg in Syrien. Am Montag hatte sich der russische Vize-Außenminister Oleg Syromolotow jedoch gegen „aktive Kampfhandlungen“ in Idlib ausgesprochen. Es gebe noch Chancen auf eine anderweitige „Lösung“, sagte der Diplomat. Die Entscheidung über eine Befreiungsoperation sei jedoch der Regierung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad überlassen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32221/88/322218841.jpg>

de.sputniknews.com: Offensive gegen den Donbass? Vizechef der OSZE-Mission antwortet Sputnik.

Der stellvertretende Chefbeobachter der OSZE-Spezialmission in der Ukraine, Alexander Hug, sieht die Lage im Donbass nach dem Terrorakt, bei dem der Chef der selbsternannten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, getötet worden war, als instabil.

„Die OSZE-Spezialbeobachtermission schätzt die Lage an der Kontaktlinie immer noch als instabil ein, obwohl die Anzahl der Waffenstillstandsverletzungen seit der Wiederbekräftigung des Waffenstillstands vom 29. August zurückgegangen ist. Die Lage ist nach wie vor instabil, sie war schon vor dem Zwischenfall so“, sagte Alexander Hug gegenüber Sputnik.

Die bewaffneten Formationen der selbsternannten Republiken im Osten der Ukraine und die ukrainischen Streitkräfte konzentrierten sich entlang der Demarkationslinie.

„Die bewaffneten Formationen in Donezk und Lugansk und die ukrainischen Streitkräfte haben schwere Waffen in Gebieten, wo diese nicht sein sollten, und beide Seiten stehen auch viel zu nah an der Kontaktlinie. Das sind die zwei Hauptursachen für die weitergehenden Kämpfe“, so Alexander Hug.

Die OSZE-Mission hat laut ihrem Vize-Chef bereits seit Anfang ihrer Arbeit im Osten der Ukraine klargestellt, dass die Kämpfe an der Kontaktlinie eingestellt werden müssen.

„Die Bevölkerung leidet auf beiden Seiten der Kontaktlinie, während die Seiten ihr Versprechen, die sie in der Minsker Vereinbarung gegeben haben, absolut gar nicht umsetzen. Das heißt: Abzug der schweren Waffen durch die bewaffneten Formationen und durch die Streitkräfte der ukrainischen Armee sowie Entflechtung, wo die Seiten sich zu nahe stehen. Die Minsker Vereinbarung wurde getroffen, um nachhaltige Sicherheit zu gewährleisten. Wir wissen, dass die Seiten das können, doch es hängt vom politischen Willen ab.“

Die Mission sammelt täglich Daten zu den Ereignissen vor Ort seit Freitag, als der Mordanschlag auf Sachartschenko verübt worden war. Die Daten werden in täglichen Berichten auf der Webseite der OSZE in russischer, ukrainischer und englischer Sprache veröffentlicht.

Die Meldung des Vize-Chefs des Operativkommandos der Volksrepublik Donezk, Eduard Basurin, über eine angebliche Offensive gegen den Donbass am 14. September unter dem Deckmantel eines Militärmanövers konnte Alexander Hug weder bestätigen noch widerlegen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32221/83/322218390.jpg>

de.sputniknews.com: „Wegen Faschismus-Propaganda“: Abgeordneter geht gegen Rada-Chef gerichtlich vor.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Wadim Rabinowitsch, will seinen eigenen Worten zufolge eine Klage gegen den Rada-Vorsitzenden Andrij Parubij wegen seiner Hitler-Äußerungen einreichen.

„Die Erklärung von Parubij hat endlich alle Karten offen gelegt. Parubij hat gesagt, man müsse die direkte Demokratie, deren Anhänger Adolf Hitler gewesen sei, in der Ukraine erlernen und durchsetzen. Er (Parubij – Anm. d. Red.) habe Hitler wissenschaftlich erforscht; er müsse als Held anerkannt werden. Ich denke, dass wir und die Faschisten unterschiedliche Wege gehen. Ich gehe wegen der in unserem Land verbotenen Propaganda des Faschismus heute gerichtlich gegen Parubij vor“, sagte der Abgeordnete am Mittwoch gegenüber dem Fernsehsender 112 Ukraina.

Zudem soll sich Rabinowitsch an alle Botschaften der europäischen Länder in Kiew, in erster Linie die Vertretung Deutschlands, mit der Bitte gewandt haben, eine Einschätzung zu dem Vorgehen der jetzigen ukrainischen Führung, darunter auch von Parubij, zu geben und alle Kontakte mit ihr einzustellen.

Laut Rabinowitsch muss Parubij zurücktreten und sich beim Volk für seine Äußerungen entschuldigen.

Zuvor hatte Rada-Chef Andrij Parubij Adolf Hitler als den „größten Demokraten“ bezeichnet. Der Beitrag des deutschen Diktators zur direkten Demokratie sei nicht zu unterschätzen, sagte Parubij am Dienstag dem TV-Sender ICTV.

Seit dem Umsturz in der Ukraine im Jahr 2014 haben bereits mehrere ukrainische Politiker Sympathien für NS-Ideen bekundet. So hatte der ukrainische Konsul in Hamburg, Wassyl Maruschtschinez, im Mai den „Faschismus“ als „Ehrensache“ gelobt. Einen Monat zuvor hatte Marjana Batjuk, Abgeordnete im Stadtrat von Lwow (Lemberg), in einer Gratulation zum 128. Geburtstag Adolf Hitlers den deutschen Diktator als „großen Mann“ gewürdigt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32221/95/322219510.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung festgestellt**.

Die ukrainische Seite lässt die Versuche, Einwohner der LVR zur Gewinnung von Informationen über Soldaten der Volksmiliz der LVR zu gewinnen nicht.

Nach Informationen von Einwohnern aus Solotoje spüren Mitarbeiter des SBU Bürger auf, die auf dem von Kiew kontrollierten Territorium leben aber regelmäßig die LVR besuchen, um Informationen zu erhalten. Als Hauptmethode, um Menschen zur Zusammenarbeit heranziehen, nutzen sie Festnahmen und Einschüchterung. Uns wurde bekannt, dass seit August 2018 sieben Menschen in provisorischen Zellen des SBU gelandet sind.

Außerdem hat unsere Aufklärung festgestellt, dass in Staniza Luganskaja gemeinsame Razzien von Vertretern der ukrainischen Streitkräfte, des Innenministeriums und des SBU stattfinden, um Personen zu finden, deren Verwandte auf dem Territorium der LVR leben. Diese Personen werden der Unterstützung von Soldaten der Volksmiliz der LVR beschuldigt. Außerdem sind Fälle bekannt, dass örtliche Einwohner, die der SBU angeblich für ein Verhör festgenommen hat, verschwunden sind.

Diese Fälle verweisen ein weiteres Mal darauf, dass die Kiewer Regierung in jeglicher Weise, einschließlich physischer Gewalt, versucht, all die auszurotten, die mit dem faschistischen Regime nicht einverstanden sind.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte fällt das Niveau der militärischen Disziplin weiter ab und die Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten nehmen zu.

Wir haben Informationen über weitere nicht kampfbedingte Verluste in den ukrainischen Streitkräften im Gebiet von Popasnaja erhalten. Es ist bekannt, dass der Soldat der 14. Brigade Michail Wladimirowitsch Mostozkij während des Dienstes auf einem gemischten Stützpunkt durch einen Schuss in das Kinn Selbstmord begangen hat. Außerdem starb der Soldat Alexandr Petrowitsch Pawljuk in einer der Einheiten derselben Brigade, weil er Sicherheitsanforderungen beim Radwechsel an einem URAL-Lastwagen missachtete, der Unterfeldwebel Wiktor Fjodorowitsch Pruskij wurde schwer verletzt.

Alle Fälle werden sorgfältig vom Kommando gegenüber der übergeordneten Führung und den Verwandten der Toten verheimlicht, denen erklärt wird, dass die Soldaten eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben oder in der Folge von Kämpfen starben.

Ich bin mit völliger Überzeugung bereit zu erklären, dass das Pressezentrum des Stabs der

sog. OOS in den offiziellen Berichten wieder über grandiose Angriffe von unserer Seite berichtet wird, in deren Folge ein weiteres Mal „Verteidiger der unabhängigen Ukraine“ starben.

Außerdem betrachten die ukrainischen Truppen weiterhin die gewaltsame Variante der Lösung des Konflikts im Südosten als grundlegend und nutzen das Regime der Feueinstellung zur Konzentration ihres militärischen Potentials.

So hat unsere Aufklärung die Lieferung von Munition, großkalibrigen Maschinengewehren und Granatwerfern in das Gebiet von Krymskoje und Mironowskij bemerkt. Wir schließen provokativen Beschuss in dieser Richtung nicht.

Die Volksmiliz ihrerseits spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Republik. Sie hält die Minsker Vereinbarungen streng ein und reagiert nicht auf militärische, politische, informationelle und andere Provokationen von Seiten der Ukraine. Unsere Einheiten vervollkommen weiter ihre militärischen Fähigkeiten....

Frage: In der DVR wird mitgeteilt, dass die ukrainischen Truppen unter Nutzung des Waffenstillstands schwere Waffen und Technik an die Kontaktlinie bringen. Gibt es bei uns solche Informationen?

Antwort: In den letzten paar Tagen haben wir eine Konzentration von durch die Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen und Technik an der Kontaktlinie festgestellt. Unsere Aufklärungsdaten bestätigen auch die Vertreter der OSZE-Mission. In dem Bericht vom 3. September wurde angegeben, dass an der Eisenbahnstation in Rubeshnoje 14 152mm-Haubitzen verschiedenen Typs festgestellt wurden, die unserer Auffassung nach Bbald an die Kontaktlinie gebracht werden.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: May beschuldigt zwei Russen - und will neue EU-Sanktionen.

Die britische Premierministerin Theresa May hat zwei russische Staatsbürger der Vergiftung von Ex-Doppelagent Sergej Skripal und seiner Tochter Julia beschuldigt und mit neuen internationalen Sanktionen gegen Russland gedroht.

Laut May sind die Russen Alexander Petrow und Ruslan Boschirow die beiden Verdächtigen im Fall Skripal, die von den britischen Ermittlungsbehörden ausfindig gemacht wurden.

Ob die Namen echt sind, könne man noch nicht genau sagen – das könnten auch Pseudonyme sein, so May.

Beide Männer sollen Agenten des russischen Geheimdienstes GRU sein.

„Die Regierung (Großbritanniens) ist zu dem Schluss gekommen, dass die beiden des Angriffs auf Sergej und Julia Skripal Verdächtigen Mitglieder eines Geheimdienstes sind – Mitglieder des Militärgeheimdienstes GRU“, erklärte die britische Premierministerin.

Beweise für die Behauptungen legte May jedoch nicht vor.

Dennoch seien die „Ergebnisse“ der britischen Behörden ausreichend, um neue Sanktionen gegen Russland aufzubauen.

Laut May wird London neue Sanktionen gegen die Russische Föderation einfordern – dabei sollen auch „Partner in der EU“ eingebunden werden.

„Wir streben die Erweiterung der Sanktionen wegen des Einsatzes von chemischen Waffen an (...). Wir werden uns an unsere Partner in der EU wenden und über die Organisation für das Verbot chemischer Waffen vorgehen“, erklärte Mai im britischen Parlament.

Ukrinform.ua: Poroschenko begrüßt Verlängerung der Sanktionen für russische Aggression gegen Ukraine.

Präsident Petro Poroschenko begrüßte per Facebook die Entscheidung der Botschafter der Europäischen Union über die Fortsetzung der Sanktionen für die russische Aggression gegen die Ukraine.

„Ich begrüße die Nachricht aus Brüssel über eine logische Entscheidung der EU-Botschafter,

individuelle Sanktionen gegen 150 russische Personen und etwa 50 Unternehmen für die Aggression gegen die Ukraine um sechs Monate zu verlängern. Wir gehen mit dem einheitlichen transatlantischen Front vorwärts!“, betonte der ukrainische Staatschef.

de.sputniknews.com: Politiker über „Russlands Einmischung in Ukraine“: Psychologisches Druckmittel

Russland mischt sich nicht in die Situation in der Ukraine vor den Wahlen in diesem Land ein, dahingehende Vorwürfe der US-Geheimdienste sind haltlos und erschweren nur die Situation um den Donbass. Dies erklärte der Erste Vize-Chef des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des Föderationsrates (russisches Oberhaus), Jewgeni Serebrennikow. „Russland unternimmt keinerlei Maßnahmen, die auf eine Einmischung in die Wahlen in der Ukraine und eine Destabilisierung der dortigen Situation abzielen (...)\“, so Serebrennikow. US-Geheimdienstdirektor Dan Coats hatte Russland am Montag beschuldigt, im Vorfeld der Wahlen 2019 Destabilisierungsversuche gegen die ukrainische Regierung zu unternehmen und unter anderem zu „militärischem Druck und Morden“ zu greifen.

In der Ukraine sind im Frühjahr Präsidentschaftswahlen und im Herbst Parlamentswahlen geplant. Coats hatte sich bereits früher schroff über die Politik Russlands geäußert und diesem Land vorgeworfen, sich nicht nur in die US-Präsidentschaftswahl 2016 und die Wahlen in mehreren europäischen Ländern eingemischt zu haben, sondern auch zu versuchen, die für November angesetzten Wahlen zum US-Kongress zu beeinflussen.

Derartige Erklärungen könnten die Situation um den Donbass nur schwieriger machen und eine friedliche Regelung erschweren, so Serebrennikow.

Seiner Meinung nach will Coats mit seinen Äußerungen Russland offenbar unter psychologischen Druck setzen und rechnet damit, dass „jemand, der von der realen Einsicht in die Situation weit entfernt ist, daran glauben wird“.

„Ich möchte hierbei ein weiteres Mal betonen, dass es keine Alternative zu den Minsker Vereinbarungen gibt und es sie auch nicht geben kann. Es ist notwendig, die Vereinbarungen strikt einzuhalten“, so Serebrennikow.

Russland hat wiederholt die Anschuldigungen versuchter Wahleinmischung in verschiedenen Ländern als unbegründet zurückgewiesen. Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow über die angebliche Einmischung Russlands in die Wahlen in den USA, in Frankreich und Deutschland äußerte, würden derartige Anschuldigungen durch keinerlei Beweise untermauert.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32222/14/322221467.jpg>

de.sputniknews.com: Warum will Paris RT und Sputnik Akkreditierung entziehen? Experte klärt auf:

Der Bericht der französischen Regierung, der einen Akkreditierungsstopp für Sputnik und RT vorschlägt, hängt mit den im Mai 2019 stattfindenden Europawahlen zusammen. Diese Meinung äußerte der Chef des Zentrums für Frankreich-Studien am Europa-Institut der Russischen Wissenschaftsakademie (RAN), Juri Rubinski.

„Bereits im Mai vorigen Jahres hat (der französische Präsident Emmanuel) Macron öffentlich und in der Anwesenheit von (Russlands Präsident) Putin gesagt, dass er diese Medien nicht als Massenmedien betrachtet, sondern als Propagandainstrumente. Danach stieß ihre Akkreditierung auf ernsthafte Hindernisse. Das ist nur der nächste Schritt in Bezug auf diese Medien. Es gibt hier nichts grundsätzlich Neues. Das entspricht völlig der Tendenz“, sagte Rubinski gegenüber Sputnik.

Dabei erinnerte er an Frankreichs „Fake-News“-Gesetz. „Zurzeit hat sich im Umgang mit russischen Medien – und das nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland ebenso wie in anderen EU-Ländern – Spannung bemerkbar gemacht. Das hat mit der praktisch schon begonnenen Kampagne im Vorfeld der Europawahlen zu tun, die im Mai nächsten Jahres stattfinden werden“, merkte der Experte an.

Ihm zufolge sind das sehr wichtige Wahlen, da in vielen Ländern eurokritische Kräfte aktiv geworden sind. Das aktuelle Beispiel sei die Anti-Migranten-Demo in Chemnitz.

„Die Regierungen Frankreichs und Deutschlands glauben, dass diese Medien während der Wahlkampagne gegenüber den Euroskeptikern nicht nur Mitgefühl zeigen, sondern auch vorsätzlich gegen Migranten Stimmung machen werden“, so Rubinski.

Seines Erachtens werde die Zeit zeigen, wie sich die Ereignisse um RT und Sputnik entwickeln werden.

Zuvor hatte die Regierung Frankreichs einen umfassenden Bericht veröffentlicht, der unter anderem die Verweigerung einer Akkreditierung für Journalisten von RT und Sputnik empfiehlt.

An dem 200-seitigen Bericht unter dem Titel „Informationsmanipulierung: Herausforderung für unsere Demokratien“ haben das Zentrum für Analyse, Prognosebildung und Strategie (CAPS) des französischen Außenministeriums sowie das Institut für strategische Recherchen (IRSEM) des Verteidigungsministeriums des Landes gearbeitet.

Die Situation um die russischen Medien wird im Westen in den letzten Jahren immer komplizierter. Im November 2016 hatte das Europaparlament eine Resolution verabschiedet, in der es um die Notwendigkeit der Abwehr gegen russische Medien ging. Dabei wurden Sputnik und RT in dem Dokument als zwei Hauptbedrohungen ausgemacht.

Eine Reihe von westlichen Politikern, einschließlich US-Senatoren und Kongressmitgliedern, ebenso wie Frankreichs Präsident hatten Sputnik und RT der Einmischung in die Präsidentschaftswahlen in den USA und in Frankreich beschuldigt. Dabei hatten sie keine Beweise vorlegen können. Offizielle Vertreter Russlands hatten diese Erklärungen als haltlos bezeichnet.

Die Chefredakteurin von RT, Margarita Simonjan, hatte ähnliche Beschuldigungen mehrfach zurückgewiesen. Zudem hatte sie erklärt, dass die französischen Intellektuellen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vergessen hätten. Außerdem hatte Simonjan dem Präsidenten Frankreichs geraten, die Verfassung seines Landes noch einmal aufmerksam zu lesen, nachdem der Élysée-Palast den RT-Journalisten die Akkreditierung während der Präsidentschaftswahlen von 2017 verweigert hatte.

Dnr-online.ru: Das Team Alexandr Sachartschenkos ist vereint und entschlossen, den Kurs des ersten Oberhauptes der DVR fortzusetzen. Dies erklärten heute das kommissarische Oberhaupt der DVR Dmitrij Trapesnikow und der Vize-Premier der DVR Alexandr Timofejew während eines Besuchs des Grabes Alexandr Sachartschenkos.

Am Mittwoch, dem 5. September, besuchte Dmitrij Trapesnikow gemeinsam mit Verwandten Alexandr Sachartschenkos und engsten Mitarbeitern des obersten Kommandeurs das Grab des

Kommandeurs, um sich ruhig, im engen Kreis vom Freund, Mann, Vater und Kampfgenossen zu verabschieden.

Auf die Frage eines Korrespondenten des föderalen Fernsehsenders „Rossija 24“ über die Pläne für die Zukunft, sagten beide Vizepremiere, dass das Team seine Einheit erhalten hat, dem Feind sei es nicht gelungen, Spaltung in die geschlossenen Reihen zu bringen, der Kurs Alexandr Sachartschenkos auf Entwicklung, Wiederaufbau der Wirtschaft, Wiederinbetriebnahme der Industrie werde fortgesetzt.

de.sputniknews.com: Moskau: Situation in Syrien normalisiert sich, wenn...

Ohne Lösung des Problems in der syrischen Provinz Idlib ist eine Normalisierung der Situation in Syrien unmöglich. Diese Auffassung vertrat der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow am Mittwoch vor der Presse.

„Unsere westlichen Kollegen wissen gut, dass dieses syrische Gebiet (Idlib – Anm. d. Red.) von terroristischen Formationen und Banditen befreit werden muss. Sie verstehen gut, dass ohne Lösung dieses Problems die Normalisierung in Syrien unmöglich ist“, erklärte er. Laut Rjabkow wird die Erhaltung dieser Terroristen-Enklave immer wieder Gefahren, darunter auch Bedrohungen durch Einsatz von C-Waffen, verursachen.

Das Territorium der Provinz Idlib wird derzeit nur in geringem Maße von syrischen Regierungstruppen kontrolliert. Dort befinden sich unter anderem Kämpfer der bewaffneten Opposition und Terroristen einer Reihe von Gruppierungen, die regelmäßig Stellungen der Regierungstruppen attackieren.

Zuvor hatte das russische Außenministerium erklärt, dass niemand am aktiven Kampfeinsatz in Idlib interessiert sei, da der massive Verluste nach sich ziehen würde.

In den letzten Tagen hat sich die Situation um Syrien zugespitzt. Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hatte erklärt, dass die Terroristen von „Hai‘at Tahrir asch-Scham“ unabhängigen Quellen zufolge eine Provokation vorbereiten, um Damaskus des Einsatzes von Chemiewaffen gegen Zivilisten in der syrischen Provinz Idlib zu bezichtigen. Dies würde dann als Vorwand für einen Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Regierungsobjekte in Syrien dienen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32193/74/321937479.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 5. September, hat der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, der Minister für Einnahmen und Abgaben der DVR Alexandr Timofejew, das Krankenhaus verlassen, teilte der Pressedienst des Oberhauptes der DVR mit.

„Der Zustand des Vizepremiere ist zufriedenstellend – Alexandr Timofejew wird jetzt weiter ambulant zu Hause behandelt und wird in der nächsten Zeit wieder mit der Erfüllung einer beruflichen Pflichten beginnen“, heißt es in der Mitteilung.

Abends:

de.sputniknews.com: Giftanschlag auf Skripal: Moskau reagiert auf „Russen“-Bilder von Scotland Yard.

Nach den neuen Vorwürfen aus London ruft Moskau die britischen Behörden dazu auf, im Fall Skripal endlich eine Zusammenarbeit einzugehen, um das schwere Delikt aufzuklären. Sechs Monate nach dem angeblichen Giftanschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter in Salisbury hat die britische Polizei am Mittwoch Bilder von zwei Verdächtigen veröffentlicht. Bei den beiden soll es sich um russische Geheimdienstmitarbeiter handeln, hieß es aus London.

„Die über Medien veröffentlichten Namen und Bilder sagen uns gar nichts“, kommentierte Maria Sacharowa, Sprecherin des russischen Außenministeriums, am Mittwoch.

„Wir rufen die britische Seite ein weiteres Mal dazu auf, von öffentlichen Anschuldigungen und informationellen Manipulationen zu einer praktischen Zusammenarbeit der Rechtsschutzbehörden überzugehen“, sagte sie.

Bereits nach dem Vorfall in Salisbury im März habe Russland „zahlreiche Anfragen“ nach London geschickt, so Sacharowa weiter. Derlei schwere Verbrechen ließen sich nur durch „sorgsame Analyse aller Daten“ und eine „enge Zusammenarbeit“ aufklären.

Sergej Skripal und seine Tochter Julia, die am 4. März unweit des geheimen Militärlabors Porton Down bewusstlos aufgefunden wurden, waren nach Darstellung der britischen Regierung mit dem tödlichen Giftstoff A234, im Westen unter dem russischen Namen Nowitschok bekannt, vergiftet worden. Ihre schnelle Genesung halten Experten jedoch für überraschend.

Die britische Premierministerin Theresa May machte umgehend die russische Regierung für das mutmaßliche Attentat verantwortlich und ordnete die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten an. Aus „Solidarität“ mit London wiesen auch die USA, Deutschland und viele weitere EU-Staaten Dutzenden russischen Diplomaten die Tür.

Russland weist diesen Vorwurf von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung. Als Reaktion wies auch Moskau westliche Diplomaten aus, erklärte sich dabei aber wiederholt bereit, bei den Ermittlungen zu helfen. Die britischen Behörden winkten ab.

Der damalige Außenminister Boris Johnson versprach im März, „verblüffende Beweise“ gegen Russland zu präsentieren, tat das bis zu seinem Rücktritt im Juli aber nicht. Das mit der Untersuchung beauftragte britische Militärlabor Porton Down teilte im April mit, dass eine russische Herkunft des Nervengifts nicht nachweisbar sei.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32222/36/322223681.jpg>

de.sputniknews.com: Historischer Wendepunkt: Flüchtlingskonferenz in Syrien in

Vorbereitung.

In Syrien soll eine internationale Flüchtlingskonferenz stattfinden, zu der interessierte Länder und UN-Vertreter eingeladen werden. Dies gab Generaloberst Michail Misinzew, der Chef des russischen Nationalen Verteidigungszentrums, am Mittwoch in einer Sitzung des Koordinierungsstabes für die Rückführung der Flüchtlinge nach Syrien bekannt.

Die Zeit und der Ort des Forums sind noch nicht genau festgelegt.

„(Syriens) Präsident Baschar Assad hat die Initiative zur Durchführung einer internationalen Flüchtlingskonferenz in Syrien sehr positiv aufgenommen und bereits Abgesandte der syrischen Führung ernannt, die konkrete Veranstaltungen des Forums durchdenken sollen“, sagte Misinzew.

Das Forum solle es ermöglichen, Botschafter des guten Willens aus den Ländern, die syrische Flüchtlinge aufgenommen hatten, um einen Tisch zu versammeln und „alle gesunden Kräfte in dem Bemühen zu vereinen, ein friedliches Leben in diesem Land anzubahnen“.

„Wir hoffen sehr, dass alle Länder und internationale Organisationen, vor allem Strukturen der Vereinten Nationen, an dieser für Syrien wahrhaft historischen Veranstaltung unmittelbar teilnehmen werden“, betonte Misinzew.

Ihm zufolge müssen alle Länder, die auf ihren Territorien syrische Bürger aufgenommen haben, und die Staaten, die zur Umsetzung von Aufbauprojekten in Syrien bereit sind, sowie internationale Organisationen und vor allem das Amt des UN-Flüchtlingskommissars zu der Konferenz eingeladen werden.

„Der neue Diskussionsraum wird es gestatten, frei, aufgeschlossen und einander in die Augen schauend beliebige Themen und brennende Fragen zu besprechen und dabei den Schwerpunkt auf das baldmöglichste Wiederaufleben Syriens zu legen. Dadurch wird die Möglichkeit geboten, klare und verständliche Lösungen auszuarbeiten und den gesamten Kreis von organisatorischen und technischen Fragen zu durchdenken, um Hindernisse bei der Heimkehr syrischer Bürger zu beseitigen“, betonte der Militär.

Die 2011 ausgebrochenen Unruhen in Syrien hatten zu offenen militärischen Auseinandersetzungen geführt. Moskau hat die syrische Regierung politisch beraten und diplomatisch begleitet. Anfang September 2015 begann Russland auf Bitte von Präsident Baschar Assad mit der Verlegung von Luftwaffen-Einheiten nach Syrien. Am 30. September 2015 griff es offen in den Krieg ein.

Damit es mit der US-geführten Allianz nicht zu Kollisionen kommen konnte, unterzeichneten die Verteidigungsministerien Russlands und der USA ein Memorandum. Als Luftwaffenbasis wurde Hmeimin (Latakia) vereinbart. Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte waren vor der syrischen Küste präsent. Der Hafen Tartus wurde für die russische Marine ausgebaut.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31679/62/316796239.jpg>

mil-lnr.info: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant A. W. Marotschko:

Heute versuchen ukrainische Propagandisten ein weiteres Mal die Volksmiliz der LVR des Beschusses mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf Jekaterinowka, Bezirk Solotoje, zu beschuldigen.

Ein weiterer Lügner, der Leiter der Bezirksverwaltung von Solotoje Konstantin Iltschenko, veröffentlicht eigenmächtig, um für sich PR zu betreiben, ohne Abstimmung mit Vertretern der ukrainischen Streitkräfte Falschinformationen über einen Beschuss, angeblich mit Brandmunition. Was bemerkenswert ist, in den Mitteilung der Ukro-Medien wird darauf verwiesen, dass der Beschuss „gegen Mittag“ war, und im Bericht des Stabs der sog. OOS von 18:00 Uhr haben wir diese Ortschaft nicht finden können. Möglicherweise werden die Propagandisten bald beginnen, sich zu rechtfertigen und die Erklärungen der Leiter der Bezirksverwaltung zu kontrollieren.

Wie bei dem kürzlichen Fakebeschuss von Wrubowka und Krjakowka veröffentlichen die ukrainischen Medien gefälschte Fotos, ohne irgendwelche Beweise anzugeben.

Nach alter Tradition fand diese Provokation während der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk statt.

Mit aller Verantwortlichkeit erkläre ich ein weiteres Mal, dass die Volksmiliz der LVR an diesem Vorfall nicht beteiligt ist. Dies ist eine weitere Provokation der ukrainischen Regierung, die auf das Scheitern der Minsker Vereinbarungen und die Beschuldigung der Volksmiliz der LVR gerichtet ist.

de.sputniknews.com: Gift-Vorwürfe gekontert: Moskau empört über Theresa May.

Die russische Regierung hat die neuen Vorwürfe aus London zum Fall Skripal als falsch und empörend zurückgewiesen.

Sechs Monate nach dem angeblichen Giftanschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter in Salisbury hat die britische Polizei am Mittwoch Bilder von zwei Verdächtigen veröffentlicht. Die britische Premierministerin Theresa May sagte vor dem Parlament in London, bei den beiden handle es sich um russische Agenten.

Der Tonfall, wie May Russland Vorwürfe mache, sei unannehmbar, erklärte das russische Außenministerium am Mittwoch. „Wir weisen diese Insinuationen entschieden zurück.“

Die Behörde hielt der britischen Regierung vor, die Schlussfolgerungen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zu ignorieren und den Namen dieser Organisation zur „Besiegelung“ von haltlosen Anschuldigungen zu missbrauchen...